

Resolution der Vollversammlung am 3. Oktober 2019

Forderungskatalog an die neue Bundesregierung

Der vorliegende Forderungskatalog beinhaltet für die Zukunft der österreichischen Land- und Forstwirtschaft essentielle Aufträge, welche es durch die neue Bundesregierung umzusetzen gilt:

1. Sicherstellung einer stabilen Agrarfinanzierung in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)

Um die Zukunft der Landwirtschaft in Österreich nicht zu gefährden, muss die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen und die Sicherstellung der Agrarfinanzierung für die Landwirtschaft in Österreich oberste Priorität haben. Daher wird die Sicherstellung einer nationalen Kofinanzierung für das Programm Ländliche Entwicklung (Bergbauern-, Bio-, Investitions- und Junglandwirteförderung, ÖPUL-Ausgleichszahlungen) gefordert. Im Falle etwaiger EU-Mittelkürzungen muss der Ausgleich durch nationale Gelder erfolgen. Nur wenn die Betriebe auch zukünftig ausreichend Einkommen erwirtschaften können, werden sie in der Lage sein ihre Höfe zu bewirtschaften, Lebensmittel zu produzieren und die Kulturlandschaft zu erhalten.

2. Ökosoziale Agrarpolitik garantiert den Erhalt der Lebensgrundlagen

Die Qualität der heimischen Lebensmittel ist hervorragend. Auch in Zukunft muss die Politik dafür sorgen, dass die Bevölkerung mit hochqualitativen-, nachhaltig- und regionalproduzierten Lebensmitteln versorgt werden kann.

3. Schutz des Klimas – Fokus auf Ausbau des „Erneuerbaren-Gesetzes“

Die Land- und Forstwirtschaft ist der vom Klimawandel am stärksten betroffene Wirtschaftssektor. Daher ist die Politik gefordert ein neues Gesetz zum Ausbau der erneuerbaren Energieträger zu beschließen und durch gezielte Forschung und Förderung den Ausstieg aus fossilen Energieträgern baldigst umzusetzen und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger voranzutreiben.

4. Bodenschutz ist Klimaschutz

Der Boden ist Produktionsgrundlage für Lebensmittel und schützt das Klima. Der tägliche Verbrauch muss drastisch auf 2,5 Hektar gesenkt werden. Um auch weiterhin die Bevölkerung mit österreichischen Lebensmitteln versorgen zu können, müssen die Gesetze zum „Schutz der landwirtschaftlichen Böden“ grundlegend verändert werden.

5. Verpflichtende Herkunftskennzeichnung für verarbeitete Lebensmittel und in der Gemeinschaftsverpflegung

Österreichische Lebensmittel zeichnen sich durch höchste Qualität, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, kurze Transportwege sowie hohe Produktionsstandards aus. Durch eine aktive Kommunikation gegenüber den Konsumentinnen und Konsumenten muss dies noch mehr zum Ausdruck kommen, damit die Konsumenten heimische Lebensmittel mehr schätzen lernen. Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung der Lebensmittel schafft für den

Konsumenten Transparenz und ermöglicht ihm, sich für ein heimisches Produkt bewusst entscheiden zu können.

6. Steuerreform

Der erste Teil der Steuerreform wurde in der Sondersitzung des Nationalrates am 19.09.2019 beschlossen. Die zukünftige Bundesregierung ist aufgefordert weitere Entlastungsmaßnahmen im Zuge der Steuerreform umzusetzen. Konkret wird die Absenkung der Mindestbeitragsgrundlage der bäuerlichen Krankenversicherung auf ASVG-Niveau, die Erhöhung der bäuerlichen Mindest-pension durch weitere Senkung des fiktiven Ausgedinges, der Streichung der Einheitswertgrenze und die Erhöhung der Umsatzgrenze für die Buchführungspflicht gefordert.

7. Ausbau der sozialen Sicherheit

Die künftige Bundesregierung wird aufgefordert, die Sicherstellung der häuslichen Pflege durch eine ausreichende Finanzierung zu gewährleisten. Außerdem wird die Sicherstellung und Weiter-entwicklung der vollen und gleichberechtigten Teilnahme der bäuerlichen Bevölkerung am gesetzli-chen Sozialsystem sowie die Beibehaltung des Versicherungswertes als stabile Beitragsgrundlage für die Versicherten und die Finanzierungsbasis für die Versichertengemeinschaft gefordert.

8. Stärkung des ländlichen Raumes – Setzen von Infrastrukturmaßnahmen

Der Ausbau der Infrastruktur (öffentlicher Verkehr, Breitband etc.) ist für die Schaffung bzw. Auf-rechterhaltung eines vitalen ländlichen Raumes unumgänglich. Daher wird gefordert, dass der länd-liche Raum als Wirtschaftsstandort forciert wird, um so die Arbeitsplätze in der Region erhalten und erweitern zu können. Deshalb: „Gleiche Chancen für Stadt und Land!“